

**09.02.1946** – vor 70 Jahren wurde Franco-Spanien aus der UNO ausgeschlossen

**18.02.1546** – 470. Todestag Martin Luthers (geb. 10.11.1483)

**26.02.1941** – vor 75 Jahren begann der Einsatz von KZ-Häftlingen in deutschen Monopolbetrieben, zuerst bei den IG Farben

# Linkes Blatt <sup>DIE LINKE.</sup>

2. Ausgabe / 26. Jahrgang

Für Halle und den  
Saalekreis

09. Februar 2016

## In Berlin – und (H)alle dabei

Am 13. März 2016 finden in Sachsen-Anhalt wieder Landtagswahlen statt. Ab jetzt hängen überall Plakate. Wahlkampfhelfer/-innen und Kandidat/-innen werden warm eingepackt an den Info-Ständen die Fragen der Bürger/-innen beantworten. Es ist ein Winterwahlkampf. Und nicht nur das: Es ist auch Grippezeit.

Die Arztpraxen sind überfüllt, und wenn man einen Termin in einer Facharztpraxis möchte, dann muss man bis zu einem halben Jahr warten. Also gehen die Patient/-innen in die Ambulanzen der Krankenhäuser. Verständlich. Doch ist das nicht nur im Winter so, sondern ein ganzjähriges Problem. Patientinnen und Patienten sind zu Recht unzufrieden über lange Wartezeiten beim Arzt bzw. bei der Terminvergabe für Facharzt/-innen. Aber die Ambulanzen der Krankenhäuser dienen nicht in erster Linie als Facharztersatz. Krankenhäuser brauchen die Ambulanzen unter anderem zur Ausbildung des medizinischen Nachwuchses, sollen aber keine Konkurrenz und schon gar kein Ersatz zu den Facharztpraxen darstellen, die sich eigentlich um ambulante und normale Fälle kümmern sollten.

Seit dem 25. Januar gibt es eine Service-Stelle zur telefonischen Terminvergabe. Darüber hat schon die Mitteldeutsche Zeitung am 18.01.2016 berichtet. Patient/-innen können darüber in dringenden Fällen einen Facharzttermin innerhalb von vier Wochen erhalten. Allerdings haben die Patient/-innen keinen Einfluss auf eine Wunschzeit und erst recht nicht auf eine Wunschärztin oder einen Wunscharzt. Wenn ich aber ein akutes Problem habe, dann ist es doch verständlich, wenn ich auch zu der Fachärztin bzw. dem Facharzt meines Vertrauens gehen kann, zu der/

dem ich auch sonst immer gegangen wäre. Sie bzw. er kennt meine Krankengeschichte am Besten bzw. hier fühle ich mich wohl und gut beraten. Per Terminservicestelle in dringenden Fällen zu einer nächstbesten Facharztpraxis geschickt zu werden, die vielleicht in zumutbarer Entfernung liegt und zufällig einen zeitnahen Termin frei hat, ist vielleicht eine vorübergehende Lösung, aber eher eine Symptombehandlung. Sie wird nicht gegen das eigentliche Problem helfen können.

Das Problem ist der Fachärztemangel. Zu wenige Facharzt/-innen bedeuten lange Wartezeiten und ein Andrang in den Krankenhäusern. Aber wie bekommen wir mehr Facharzt/-innen? Eine Sparpolitik an den Universitäts-Kliniken des Landes dürfte jedenfalls keine Option sein. Im Gegenteil, denn wer mehr Fachpersonal möchte, muss in die Ausbildung investieren. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt will sich daher für den Erhalt beider Universitäts-Kliniken einsetzen. Dafür benötigtes ein Krankenhausstrukturgesetz. Wird in beide Universitäts-Kliniken investiert, so profitieren auch alle anderen Kliniken des Landes vom gut ausgebildeten medizinischen Personal und der daraus resultierenden langfristigen medizinischen Versorgung. Es bedarf also zum Beispiel einer besonderen Vergütung für Lehrkrankenhäuser, um sie in ihrem Lehrauftrag zu unterstützen. Wir benötigen außerdem eine effektivere Verteilung zwischen grund- und spezialmedizinischen Angeboten zwischen den Einrichtungen und Regionen. Die Krankenhäuser brauchen Planungssicherheit. Das geht nur über eine dauerhafte und bedarfsdeckende Investition.

weiter auf Seite 2

## In Berlin – und (H)alle dabei Fortsetzung von Seite -1-

Darüber hinaus müssen Anreize geschaffen werden, damit sich ausgebildete Fachärzt/-innen in Sachsen-Anhalt und speziell auch im ländlichen Raum niederlassen. Es braucht Landambulatorien, damit es nicht jedes Mal einer Fahrt in die nächste Stadt bedarf, wenn ein medizinisches Problem auftritt. Spezielle Stipendienprogramme, auch in Verbindung mit einem

gezielten Praktikumsprogramm, könnten angehende Ärzt/-innen an beispielsweise ihre Lehrkrankenhäuser binden oder auch eine Landarztverpflichtung enthalten. Bereits praktizierende Ärzt/-innen können durch ein modernisiertes Gemeindefacharztkonzept und durch die Einführung neuer medizinisch-akademischer Ausbildungsberufe entlastet werden.

Fazit: Eine gute medizinische Versorgung ohne lange Wartezeiten geht nur durch Investitionen in Ausbildung und Personal.

Der alternative Neujahrsempfang auf dem Wochenmarkt in Neustadt hat schon Tradition, er steht im Zeichen der Bürgernähe und ganz im Gegensatz zu sonstigen Empfängen, wo es um die Pflege von Lobbyismus geht. Zahlreiche Besucher nahmen spontan die Gelegenheit wahr, mit uns ins Gespräch zu kommen.



**Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat  
Februar Geburtstag haben.**



**Senioren-Cafe' am 24. Februar  
ab 14:30 Uhr im Linken Laden**, Leitergasse 4  
Lesung in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung:  
Genosse Wolfram Adolphi liest aus seinem Buch  
„Hartenstein. Der Balte vom Werk“

**Vorschau  
Senioren-Cafe' am 30. März im Linken Laden 14:30 Uhr:**  
Zum Thema „Sicherheit im Alter“ informiert Herr Schlotte, Senioren-Sicherheitsberater u. stv. Vors. des Stadt senioren rates

**29. März – 2. April**  
Auch in diesem Jahr findet die Linke Medienakademie (LiMA) statt. Leider stehen uns 2016 die bewährten Hochschulen nicht zur Verfügung. Das hat aber den Vorteil, dass wir uns an unsere Anfangsjahre erinnern und uns freuen, das Gebäude am Franz-Mehring Platz 1 in Berlin nutzen zu können. (Neues Deutschland und Rosa Luxemburg Stiftung).

Liebe Genossinnen und Genossen,

aus gegebenem Anlass möchte ich darauf hinweisen, dass die **Zuwendungsbescheinigungen** für die Steuererklärungen (Beitrag und Spenden) nicht vor Ende März durch das Land ausgegeben werden.

Marianne Böttcher

Liebe Genossinnen und Genossen,  
**Die RotFuchs-Regionalgruppe Halle** lädt ein:  
Termin: **Dienstag, 08.03.2016, 16:30 Uhr,**  
Ort: **Kulturtreff in Halle-Neustadt, Am Stadion 6.**

Vortrag und Diskussion: Es spricht **Dr. Klaus Blessing** zum Thema: „**Wer verkaufte die DDR? Wie leitende Genossen den Boden für die Wende bereiteten.**“

Dr. Klaus Blessing war zuletzt von 1986 bis 1989 Leiter der Abteilung Maschinenbau beim ZK der SED und danach stellv. Minister für Schwerindustrie in der Regierung von Hans Modrow.

## Aus der letzten Stadtratssitzung vom 28.01.2016

Noch bevor die Tagesordnung im Stadtrat bestätigt wurde, gab es eine durch unsere Fraktion beantragte „Auszeit“. Grund dafür war, dass unser Fraktionsvorsitzender, Dr. Bodo Meerheim, mit der Fraktion einen Dringlichkeitsantrag zu beraten hatte, den wir nach der kurzen Verständigung auch zur Abstimmung brachten. Er wurde mit großer Mehrheit auf die Tagesordnung gebracht und mit großer Mehrheit auch verabschiedet.

Worum ging es? Seit einiger Zeit ist durch die Presse (u. a. MZ) zu vernehmen, dass es chinesische Investoren gäbe, die für mehr als 500 Millionen Euro den Riebeckplatz in Halle gestalten wollen. „Gerüchten“ zufolge sollen die Planungen vier Wolkenkratzer mit Hotels, Geschäften und Wohnungen beinhalten. Sind es „Gerüchte“ oder wirkliche Absichten? Bereits im letzten Hauptausschuss wurde zu diesem Thema heftig „gestritten“. Die Position unserer Fraktion war und ist, dass das Angebot aber geprüft werden soll und nicht gleich – wie vom OB derzeit praktiziert – abgelehnt wird. Bodo Meerheim hatte sich dazu bereits in der Presse geäußert. In der „Bild-Zeitung“ vom 28.01.2016, der Tag, an dem die Stadtratssitzung stattfand, konnte man nachlesen, dass es seitens der Stadtverwaltung ein „Aus für die Chinesen“ geben sollte. Diese Aussage letztlich führte zu unserem Dringlichkeitsantrag. Er beinhaltet die Prüfung der Angebote zur städtebaulichen Entwicklung des Riebeckplatzes durch chinesische Investoren und hat folgenden Wortlaut: „Der Gesellschaftervertreter der Stadt Halle (Saale) in der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH wird beauftragt, den Geschäftsführer des Unternehmens umgehend anzuweisen, die laufenden Prüfungen zum Angebot einer chinesischen Investorengruppe zur städtebaulichen Entwicklung des Riebeckplatzes vollständig zu Ende zu bringen. Die Ergebnisse dieser Prüfungen sind in einem schriftlichen Bericht mit entsprechenden Belegen für Schlussfolgerungen dem Finanzausschuss und dem Aufsichtsrat der EVG zur Beschlussfassung vorzulegen. Des Weiteren weist der Gesellschaftervertreter den Geschäftsführer an, alles zu unterlassen, was den Prozess der Prüfung, dazugehöriger Gespräche und Verhandlungen mit den Investoren behindern könnte.“ Der Oberbürgermeister, Dr. Wiegand, hatte hingegen ausgeführt, dass dieser Beschluss rechtswidrig sei, weil er gegen den Grundsatz der Sparsamkeit und

Wirtschaftlichkeit verstößt. Er nutzte im Bericht des Oberbürgermeisters die Möglichkeit, die chinesischen Investoren als unseriös darzustellen.

Die Stadträte jedoch überzeugten die Argumente des OB nicht, der Antrag wurde angenommen. Bodo Meerheim argumentierte u.a. „Ich habe nicht erwartet, dass sie Dinge darstellen, die dazu führen, jemanden in der Öffentlichkeit bloß zu stellen.“ Der Oberbürgermeister hat inzwischen einen Widerspruch gegen diesen Beschluss des Stadtrates eingelegt.

Ein weiterer Diskussionspunkt war der „Rannische Platz“. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben einen Antrag eingebracht, der die Aufstellung von Pflanzkübeln vorsieht, weil die ursprüngliche Idee der „grünen Platzgestaltung“ bisher fehlgeschlagen ist. Unser Stadtrat Dr. Erwin Bartsch brachte in der Diskussion ein, nicht nur die verkehrstechnische Lösung für einen solchen wichtigen Platz in Halle (Saale) zu sehen. Er erinnerte daran, dass es seitens unserer Fraktion bereits Anträge für eine Richtlinie zur Kunst im öffentlichen Raum gab, die noch immer nicht umgesetzt sind.

Aus diesem Grund verwies er den Antrag namens unserer Fraktion in den Kultur- und Planungsausschuss.

Beschlossen wurden verschiedene „Dringlichkeiten“. Zum Beispiel wurden die Beantragungen für Städtebaufördermittel verabschiedet, die z. B. dazu dienen sollen, dass die Scheibe C in Halle-Neustadt saniert werden kann.

Durch den Bau einer Sporthalle für den Universitäts-sportverein könnte es auch möglich werden, einen Teil des „Sportparadieses“ am Böllberger Weg zu bezuschussen.

Beschlossen wurde auch die Erhöhung der Eintrittspreise für die städtisch organisierten Museumsnächte ab dem 1. Januar 2016. Eine Eintrittskarte für Vollzahler kostet jetzt 10,00 Euro. Nach wie vor gibt es eine 50% ige Ermäßigung für Halle-Pass-Besitzer.

Unser Antrag zu Erlassung der Kaltmiete für den Verein „Künstlerhaus 188 e. V.“ wird noch weiter in den Ausschüssen verhandelt.

Ute Haupt  
Stadträtin

## Neujahrsempfang der LINKE. Saalekreis in der Willi-Sitte-Galerie in Merseburg

Das Jahr ist zwar schon einige Tage alt, aber wir stoßen immer noch gern auf 2016 an. Aus diesem Anlass begrüßte der Kreisvorstand am 18. Januar geladene Gäste aus Politik und Wirtschaft des Kreises zu seinem traditionellen Neujahrsempfang in der Willi-Sitte-Galerie.

Die Galerie bot auch dieses Jahr wieder ein wunderschönes Ambiente. Im Foyer versammelten sich alle Gäste zum Umtrunk, respektive zum Hören der Ansprachen verschiedener Redner. So begrüßte Michael Finger, Vorsitzender des Fördervereins der Galerie, die Gäste. Unter Ihnen befanden sich nicht nur „Einheimische“ (DIE LINKE). Neben Wulf Gallert, Roland Claus (MdB), Matthias Höhn (Bundesgeschäftsführer, MdL), Angelika Hunger (MdL), Jan Wagner (MdL) und Tatjana Behrendt (Landesgeschäftsführerin) nahmen auch Christoph Schulze (BM Bad Dürrenberg), Alexander Lehmann (SPD Kreisvorsitzender) und Sebastian Striegel (Bündnis 90/Die Grünen, MdL) die Einladung an.

Natürlich durfte eine Rede unseres Ministerpräsidentenkandidaten Wulf Gallert nicht fehlen. Er berichtete über die kürzlich erschienen Ergebnisse der Umfrage in Hinblick auf die Landtagswahlen. In vielen Gesichtern war Betroffenheit zu sehen, hatte man sich bereits damit auseinandergesetzt. Wulf schaffte es aber, an unsere innere Stärke in der Partei zu appellieren und betonte, dass wir es gemeinsam schaffen können. Er ist bereit und hofft auf die Unterstützung der Mitglieder. Eine Motivationsrede à la bonne heure. Zum Schluss ging das Mikrofon an den Vorsitzenden des Saalekreises, Alexander Sorge, der zunächst einen kurzen Rückblick auf das Jahr 2015 wiedergab. Dann wurde ihm die Ehre zuteil, besondere Mitglieder des Kreisverbandes auszuzeichnen: Silvan Arndt, der im letzten Jahr viel Engagement und Zeit für das Stellen von Equipment für zahlreiche Demonstrationen und Veranstaltungen aufbrachte; Klaus-Dieter Iffarth, der in der Vergangenheit den Posten des Kreisvorsitzenden innehatte und Ortsvorsitzender von Wettin-Löbejün ist. In den vergangenen Jahren ist er durch seine ausgezeichnete Tätigkeit in seiner politischen Arbeit positiv aufgefallen; Detlef Walloch, der sich immer und überall organisatorisch einsetzt und eigentlich bei jeder Veranstaltung zum Inventar gehört.

Darüber hinaus pflegt Detlef Kontakte zu einigen BOen; Michael Finger, der die Position des Fraktionsvorsitzenden im Stadtrat begleitet und zudem im Kreistag aktives Mitglied ist. Allen vielen Dank für die geleistete Arbeit und wir freuen uns, in 2016 wieder mit euch zusammenarbeiten zu können.

Ein Novum bei den Ehrungen war dieses Jahr die Auszeichnung einer BO. Der Ortsverband Landsberg hob sich letztes Jahr vorbildlich in seiner politischen Arbeit hervor. Das ist den zahlreichen, auch jungen Mitgliedern, der BO zu verdanken, die mit Engagement und Ehrgeiz auch mal die Freizeit für eine politische Veranstaltung opfern. Auch im nächsten Jahr soll wieder eine BO geehrt werden; der Staffelposten wird dann hoffentlich weitergegeben. Als Prämie winkt ein Gutschein für die Ausstattung einer Sommerparty in der BO, um die Arbeit mal beiseite zu schieben.

Neben den Redebeiträgen gab es natürlich auch ein Rahmenprogramm, welches von der Band „Finesse“ um Thomas Bachmann durchgeführt wurde. Mit musikalischen Hochgenüssen im hervorragenden Raumklang der Galerie durften sich die Gäste im Anschluss an das leckere Buffet begeben und sich ausgiebigen Gesprächen hingeben. Ein gelungener Abend.

Daniela Müller

stellvertretende Vorsitzende Kreisvorstand Saalekreis

---

### Im Wahlkampf

Gestern war der 19. Januar und das Kreiswahlbüro traf sich in der Geschäftsstelle in Merseburg zu einer ihrer Absprachen. Mittlerweile sind die Plakate unserer vier Kandidaten Kerstin Eisenreich, Thomas Lippmann, Pia Schillinger und Andrei Fischer eingetroffen. Sie liegen in dicken Stapeln in der Küche, dem einzigen Raum, der ausreichend Platz bietet. Weitere Kartons mit Postkarten der Kandidaten mit einem Steckbrief sowie Kurzwahlprogramme und ausreichenden Wahlkampfpräsenten stapeln sich in den einzelnen Räumen. Nächste Woche kommen die Zeitungen für die Haushalte. Wir stecken also mittendrin im Wahlkampf. Knapp gesprochen sind es nur noch wenige Wochen. Schon klar, dass sich da ein wenig Hektik breit macht: haben wir ausreichend Plakatierer; was ist mit den Ständen in den Wahlkreisen, haben wir



dafür Termine und Leute, die unsere Kandidaten mit begleiten; warum sind nur so wenig Plakate davon da, und wann verteilen wir die Zeitungen... Fragen, die so schnell gar nicht beantwortet werden können. Unsere Kandidaten sind auch nicht alle anwesend, um noch letzte Fragen zu klären. Der ein oder andere reist bereits von Veranstaltung zu Veranstaltung, um sich zu präsentieren. Dann taucht plötzlich eine neue Idee auf; wir brauchen eine Druckerei, möglichst günstig. Wir wollen die Wähler mit einem kleinen Flyer animieren,

DIE LINKE als Zweitstimme zu wählen. An guten Ideen fehlt es dem Kreiswahlbüro nicht und die Kapazitäten bekommen wir zum Glück aus unseren generell fleißigen Ortsverbänden. Lieben Dank an euch alle da draußen, die unsere Kandidaten in den heißen Wochen so engagiert unterstützen. Ohne euch würden wir es nicht schaffen. Macht weiter so, und... **WIRSCHAFFENDAS!**

Daniela Müller

stellvertretende Vorsitzende Kreisvorstand Saalekreis

## IN ALLER KÜRZE

### Überläufer in Mücheln

Dass die Politik der LINKEN sozial ist, haben im Mühelner Stadtrat auch andere Parteien bemerkt. Zumindest ist das der Grund, weshalb sich zwei Stadtratsmitglieder der Freien Wähler gegen Ende letzten Jahres auf die Seite der LINKEN geschlagen haben. Damit ist die Fraktion der LINKEN im Mühelner Stadtrat nun gleichstark mit der Fraktion der CDU. Wir heißen die beiden „Überläufer“ herzlich in unseren Reihen willkommen und freuen uns auf eine gemeinsame Arbeit mit ihnen.

\*\*\*

### Flanke von Links in Querfurt

Die Fußballer des VfL Querfurt freuen sich über neue Trikots und Hosen. Am 26.01.2016 übergab Silvan Arndt stellvertretend für die Stadtratsfraktion der LINKEN Querfurt die Sachen. Die Linksfraktion hat ihre Sitzungsgelder 2015 gesammelt und dem Verein gespendet. Die sogenannte „Flanke von Links“ soll dem Verein als Glücksbringer dienen. Unsere Unterstützung haben die kleinen Fußballer, toi toi toi.



### Merseburger Bündnis gegen Rechts nimmt wieder Fahrt auf

Das Merseburger Bündnis gegen Rechts traf sich am 21. Januar 2016 zum ersten Mal seit Langem wieder. Ziel der Versammlung war es, das Bündnis wieder aufleben zu lassen. Der derzeitige Sprecherkreis wurde interimweise bis zu den Neuwahlen im Sommer 2016 um die Mitglieder Kerstin Eisenreich und Daniela Müller (beide DIE LINKE) erweitert. Das Bündnis erhofft sich dadurch eine bessere Organisation und Koordination von künftig geplanten Veranstaltungen. Die erste Aktion des Bündnisses in 2016 wird eine Podiumsdiskussion mit den Kandidaten zur Landtagswahl 2016 sein. Am 3.3. soll diese stattfinden, der Ort ist bislang noch in Klärung.

\*\*\*

### Alternativer Neujahrsempfang vor Eigenbetrieb für Arbeit Saalekreis

Am 28. Januar hat der Kreisvorstand Saalekreis für sozial schwächer Gestellte einen alternativen Neujahrsempfang vor dem Eigenbetrieb für Arbeit veranstaltet. Neben Würstchen und rotem Tee konnten sich Interessenten mit den Vorstandsmitgliedern über aktuelle politische Themen austauschen. Auch wurden viele Interessenten ihre Sorgen und Ängste los. Für sie ist es wichtig, jemanden zu finden, der einfach nur ein offenes Ohr hat. Unsere Vorstandsmitglieder waren gern Zuhörer.

Öffentlich!  
Weil's wichtig  
für alle ist.

## Post von Lene

Liebe ältere oder jüngere Mitmenschen, ich kenne Euch nicht persönlich, aber Ihr kennt mich ja auch nicht.

Da EnEsEj sowieso in allen Unterlagen schnüffelt und gemeinsame Sache macht mit einem geheimen Dienst in Deutschland namens BeEnDe kann ich doch ein wenig mehr über mich an Euch schreiben, weil es, wie meine Oma mir immer, sagt, unanständig ist, wenn man sich nicht ordentlich vorstellt.

Aber aus Sicherheitsgründen ist es vielleicht für mich und meine Kumpel besser, wenn ich mit dem Namen meiner Schule nicht rausricke. Denn unser schnieker Deutschlehrer Herr Reim oder unsere Mathelehrerin Frau Dreieck lassen es uns in Form von Ungerechtigkeit oder Gehässigkeiten spüren. So hat mein Freund Anton mal so ein bisschen über was gemeckert und schon hieß es in der nächsten Stunde beim Gedichtaufsagen „Setzen Vier“, weil er mal kurz stocken musste wegen einer kleinen Lücke in seinem Gedächtnis.

Ich sage also nur: Gymnasium, 6. Klasse, mehr nicht. Ich interessiere mich, wie ich Euch schon geschrieben habe, aber für alles, was so passiert, besonders für die Wortforschung und was ich mir im Unterschied zu meiner Oma nicht so richtig erklären kann.

Meine Oma kennt viele von Euch aus alten Zeiten als Lehrerin, aktive Politikmacherin in der letzten Kammer der ehemaligen DDR, in der das Volk sich getroffen hat( man nannte es sicher deshalb Volkskammer) und in einem Hohen Haus in Magdeburg auf einem Platz neben dem Dom.

Nun ist sie eine Rentnerin und ich löchere sie manchmal ganz schön mit meinen Fragen, so dass sie manchmal stöhnt.

Mein Papa und meine Mama haben wie viele andere einen Mangel an Zeit wegen des ständigen Rumgehetze bei der Arbeit mit all ihren kaputten Folgen. Nun habe ich ein Problem und stecke rein gefühlsmäßig in einer Klemme.

Eigentlich sollte es mich freuen, wenn mal ein paar Stunden Unterricht ausfallen, wenn eine Lehrerin oder ein Lehrer krank ist, weil wir dann eben frei haben. Na toll, muss ich nun aus eigener Erfahrung sagen, denn wir mussten uns alles selbst aus unseren Lehrbüchern herausholen und sollten es gleich kapieren. Dann wurde es geprüft, je nachdem. Ein Glück, dass ich

Oma und Opa habe, die ich fragen kann oder ich erschnüffle es aus Sachen, die bei ihnen so rum liegen. Ich weiß aber auch, dass das nicht bei allen so ist, weil manche Eltern, die wegen Geld zu Herrn Hartz gehen müssen, sich solche Bücher nicht anschaffen können oder wollen.

Oma knurrte, es ist ein Schkandal, dass so viel Unterricht ausfällt, und das liegt mal wieder an der bescheuerten Personalpolitik der jetzigen Regierung in Magdeburg.

Wir Linken, schimpft Oma, haben schon jahrelang gesagt, dass viel mehr junge Lehrkräfte(fände ich auch toll) eingestellt werden müssten, weil viele von denjenigen, die schon in der ehemaligen DDR lange Zeit gearbeitet haben, nun Jahr für Jahr in Rente gehen wie meine Oma. Oho, da ist mir aber ein langer Satz gelungen. Aber warum heißt das eigentlich ehemalige DDR? Gibt es auch eine heutige?

Jetzt ist alles am Dampfen oder so, und weil der jetzige schwarz eingefärbte Ministerpräsident mit dem lustigen Namen Haselhoff oder so ähnlich die Wahlen in Sachsen-Anhalt gewinnen will, verspricht er, dass der Mangel an Personal künftig weniger groß sein soll, weil man ja für eine Übergangszeit neben ein paar neuen auch alte Lehrer wieder einstellen könnte, bis sie nicht mehr gebraucht werden. Ich finde das richtig gemein gegenüber den Rentnerinnen und den jungen Lehrkräften, die ja auch endlichen zeigen wollen, was sie können und nicht auch noch bei Herrn Hartz landen.

Oma hat mir gesagt, dass jetzt ein Kampf um die meisten und vorderen Plätze im Hohen Haus in Magdeburg stattfindet, und man nennt das auch Wahlkampf. Und das Hohe Haus nennt man auch Landtag. Warum weiß ich rein sprachmäßig gesehen nicht.

Aber wir Linken, auch Rote genannt, wollen, dass der Herr Haselhoff nicht mehr Ministerpräsident sein soll,, weil er- da haben wir es wieder- das Land sonst noch mehr kaputt spart, also, austeritätsmäßig.

Er sagt, dass das Land jetzt gerade dabei ist, gemachte Schulden an eine Bank ??? zurückzuzahlen. Oma knurrt mal wieder, dass errechnet worden ist, dass das Land noch 100!!! Jahre braucht, bis alle Schulden an diese Banken zurückgezahlt sind.

Ich frage mich und Euch nun:

Wo haben die Banken eigentlich das Geld her?

Tschüss

Eure Lene

## „Wie viel Transparenz braucht gute Politik?“

Sind Macht und Transparenz unüberbrückbare Gegensätze? Oder braucht gute Politik immer die Möglichkeit des Kontrolliertwerdens und des Mitmachens von Bürgerinnen und Bürgern, von der Zivilgesellschaft?

Darüber diskutieren:

**Anna Biselli**(netzpolitik.org)

**Timo Lange** (lobbycontrol e.V.)

**Wulf Gallert**(Fraktionsvorsitzender im der LINKEN im Landtag Sachsen-Anhalt und Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten)

**Gregor Hackmack** (Mitgründer abgeordnetenwatch e.V., Geschäftsführer der Petitionsplattform Change.org)

**Moderiert von Dr. Petra Sitte**(Abgeordnete aus Halle, Parlamentarische Geschäftsführerin der LINKEN im Bundestag)

**Zeit: Donnerstag, 3. März. – Beginn 18 Uhr**

**Ort: Puschkin-Saal im Puschkinhaus, Kardinal-Albrecht-Straße 6, 06108 Halle**

### Hintergrund:

Der große Einfluss von Interessenvertreter\_innen und Lobbyorganisationen auf die Politik wird immer wieder als Grund für die Politikverdrossenheit und für sinkende Wahlbeteiligung angeführt. In der Tat reden Tausende Lobbyist\_innen rund um den Bundestag, rund um das Europaparlament, um Ministerien und um Landesparlamente Abgeordneten, Minister\_innen und Beamten bei Entscheidungen und Gesetzen mit. Dieser Fakt an sich ist in offenen Gesellschaften nicht zu vermeiden und zu Teilen verhilft der Einfluss von diesen Interessenvertreter\_innen zur Qualifikation politischen Handelns – nehmen doch nicht nur die Wirtschaft, sondern auch Gewerkschaften, NGOs, Umweltverbände, Kirchen und das ganze Spektrum der Zivilgesellschaft ihr Recht auf Mitsprache wahr und bieten ihre Expertise an. Problematisch wird der Einfluss dort, wo er nicht transparent und nachvollziehbar verläuft und wo sich Akteure durch Geld und Ressourcen, durch Netzwerke Vorteile verschaffen und ihre Interessen gegenüber dem Gemeinwohl durchsetzen.

Spektakuläre Leaks geheimer oder vertraulicher Dokumente haben in den vergangenen Jahren Licht in den bisher eher abgeschotteten Bereich von

Verwaltungshandeln und Geheimdiensttätigkeit gebracht. Der Anspruch vieler Bürgerinnen und Bürger auf Mitwissen ist in den letzten Jahren deutlich gewachsen. Informationsfreiheit bedeutet, einen Rechtsanspruch auf dieses Mitwissen zu haben, wenn dem nicht persönliche Schutzrechte entgegenstehen. Politik, erst recht Regierungspolitik, findet heute unter starker Beobachtung statt. Das verändert sie, es bietet die Chance für den Abbau von Herrschaftsschranken. DIE LINKE setzt sich seit langem für Transparenz im politischen Betrieb ein. Wir wollen ein umfassendes und verpflichtendes Lobbyregister, das nicht nur Namen, sondern auch Ressourcen und politische Ziele transparent macht. Lobbyeinfluss in Gesetzen soll kenntlich gemacht werden. Wir wollen, dass es bei den Parlamenten eine Ombudsstelle für Lobbyismus gibt, die eigenständig aufklären kann. Aber auch die Abgeordneten selbst sollten sich zur Transparenz verpflichten: durch die vollständige Offenlegung ihrer Nebeneinkünfte auf Euro und Cent genau. Und nicht zuletzt: zu mehr Mitbestimmung, mehr Legitimation politischer Entscheidungen würde zudem die Einführung von Volksentscheiden auch auf der Bundesebene und die Verbesserung der Rahmenbedingungen von Plebisziten auf Landesebene beitragen.

### Linkes Blatt

#### Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand  
DIE LINKE Saalekreis  
Leitergasse 4  
06108 Halle (Saale)  
Telefon 0345 / 20 255 90

#### eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de  
Marianne Böttcher (v.i.S.d.P)  
Herstellung: Eigendruck  
Erscheinungsweise: monatlich  
Auflage: 600 Exemplare

#### Spendeerbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:  
05.02.2016  
Redaktionsschluss der nächsten  
Ausgabe: 03.03.2016

## Informationen des BBZ-Lebensart e.V.

**Lesung »Nicht von schlechten Müttern« mit der Autorin Karoline Harthun, Freitag, 19. Februar 2016, 18 Uhr im BBZ „Lebensart“ e. V.**

Wie sieht es in diesen Regenbogenfamilien aus? Wie reagiert das soziale Umfeld? Und wie bekommen eigentlich zwei gleichgeschlechtliche Partner miteinander Kinder?

Karoline Harthun erzählt die spannende Geschichte ihrer eigenen Regenbogenfamilie. Von beschämenden und riskanten Erfahrungen auf dem Weg zum Kind bis hin zur rechtlichen Umsetzung der Doppelmutterchaft. Aber nicht nur um den eigenen Kinderwunsch und den langen Weg zu dessen Verwirklichung geht es in dem Buch, sondern natürlich auch um die Kinder selbst.

Karoline Harthun ist als Übersetzerin für Latein und Englisch sowie als Dozentin für Medizinische Terminologie tätig. Sie lebt in einer Eingetragenen Partnerschaft mit ihrer Frau. Das Paar hat zwei Töchter und wohnt in Berlin.

Der Eintritt ist frei, um eine Spende wird gebeten.

**Kurzfilmwettbewerb zum CSD Halle (Saale) 2016 unter dem Motto MENSCHEN FORMEN RÄUME**

Zum Christopher Street Day Halle (Saale) gibt es einen Kurzfilmwettbewerb. Der eingereichte Filmbeitrag sollte die maximale Spiellänge von 10 Minuten nicht überschreiten. Für jeden eingereichten Kurzfilm wird zur Präsentation ein Filmplakat ausgestellt. Alle Filmbeiträge können digital oder in Form einer Silberscheibe bis zum 01. August 2016 eingereicht werden. Die Filme feiern zum CSD 2016 in Halle (Saale) am 10. September Premiere und werden dort in einem separaten Filmzelt auf dem Marktplatz präsentiert. Während der Veranstaltung kann vom Publikum für die gezeigten Kurzfilme gestimmt und gemeinsam mit einer Jury ein Favorit ermittelt werden. Die Preisverleihung findet vor Ort statt.

Alle weiteren Informationen:

[http://www.bbz-lebensart.de/CMS/uploads/Anmeldeformular\\_Kurzfilmwettbewerb.pdf](http://www.bbz-lebensart.de/CMS/uploads/Anmeldeformular_Kurzfilmwettbewerb.pdf)

**Aktionsprogramm für Akzeptanz von LSBTTI in Sachsen-Anhalt von Landesregierung beschlossen**

Nachdem der Landtag von Sachsen-Anhalt im Januar 2015 einstimmig beschlossen hatte, die Landesregierung aufzufordern, ein rahmengebendes Aktionsprogramm für Sachsen-Anhalt zu erarbeiten, hat das

Kabinettskurz vor Weihnachten 2015 ein solches Programm beschlossen. Es trägt den Titel „Aktionsprogramm für die Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern, Transsexuellen und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTTI) in Sachsen-Anhalt“. Das Programm umfasst 70 Maßnahmen in den Handlungsfeldern „Bildung und Aufklärung“, „Öffentlicher Dialog“, „Gewalt und vorurteilsmotivierte Kriminalität“ sowie „Gesetzliche Grundlagen“. Sie sollen in den kommenden Jahren umgesetzt werden. Der Fokus liegt dabei auf der gesamtgesellschaftlichen Sensibilisierung. Im zuständigen Parlamentsausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung wurde das Programm am 15.01.2016 vorgestellt und als sehr positiv bewertet. Nun steht die Umsetzung der Maßnahmen an, welche bislang nicht finanziell und personell unteretzt sind. Zu hoffen ist, dass die nach der Landtagswahl am 13. März zu bildende Landesregierung sich diesen Aufgaben ohne Verzug stellt.

[http://www.mj.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik\\_und\\_Verwaltung/MJ/MJ/Aktionsprogramm\\_LSBTTI/NEU\\_ap\\_final\\_12-18-2015-barrierefreie\\_und\\_korr.\\_OEA-Fassung.pdf](http://www.mj.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MJ/MJ/Aktionsprogramm_LSBTTI/NEU_ap_final_12-18-2015-barrierefreie_und_korr._OEA-Fassung.pdf)

**LSVD-Ratgeber für queere Flüchtlinge**

Unter den ankommenden Flüchtlingen gibt es auch lesbische, schwule, bisexuelle und/oder transgeschlechtliche Flüchtlinge, die vor Krieg, Gewalt und Verfolgung Schutz in Deutschland suchen. Die Verfolgung aufgrund der sexuellen bzw. geschlechtlichen Identität kann ein zusätzliches Motiv oder der Hauptgrund sein. Informationen in den wichtigsten Sprachen stehen jetzt online zur Verfügung.

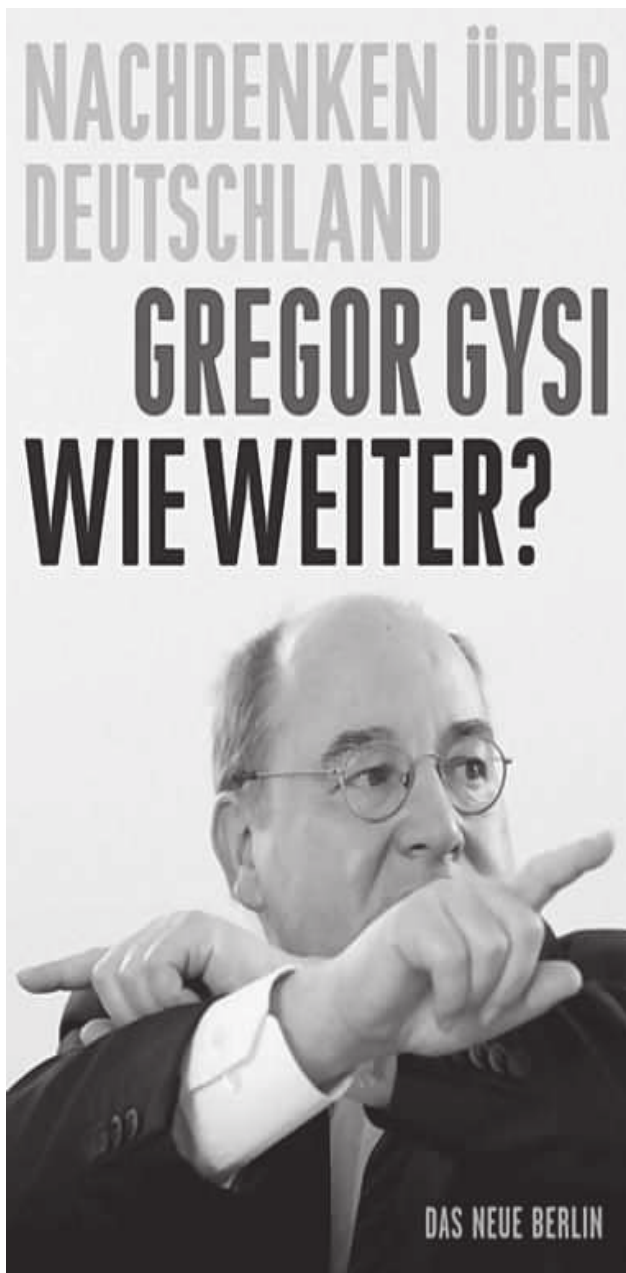
Eine Verfolgung aufgrund der sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität ist laut der EU-Qualifikationsrichtlinie 2011/95/EU ein anerkannter Asylgrund. Flüchtlinge und Beratungsstrukturen sind hierüber nicht immer ausreichend informiert.

Der LSVD ist bemüht, für die Flüchtlinge Informationen bereitzustellen und sie an geeignete Beratungseinrichtungen in der Nähe zu vermitteln.

Durch die Förderung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ist es gelungen, die Ratgeber ins Arabische zu übersetzen und die Übersetzungen in die Webseiten einzubinden.

Zu den Informationen gehören auch Ratgeber über das Asylverfahren, die der LSVD sowohl auf seiner Webseite <http://www.lsvd.de/> als auch auf der Webseite <http://www.queer-refugees.de/> bereitstellt.





Am 19. März 2016 um 19:30 Uhr findet im Ständehaus Merseburg ein Buchtalk mit Gregor Gysi statt.

Karten gibt es ab sofort zum Vorverkaufspreis von 16,00 Euro (Abendkasse teurer) in der Stadtinformation Merseburg zu kaufen.

Der Gesprächskreis Gesellschaftskonzeptionen trifft sich am 17. Februar um 17:00 Uhr im LiLa zur Diskussion über die Schwerpunkte im Wahlkampf um ein hohes Ergebnis der Partei DIE LINKE

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG  
SACHSEN-ANHALT

Vortrag mit Diskussion  
ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG  
Sachsen-Anhalt e.V.  
01.03.2016 Beginn 18.00 Uhr

### Die Linke und der Zionismus

Sozialismus und Zionismus gingen im Verlaufe einer über 120-jährigen Geschichte verschiedene Wechselbeziehungen ein, die von Versuchen der Synthese bis zur Gegnerschaft reichten. Die Spannweite politischer Kontakte und Kontroversen reichte vom Arbeiterzionismus, der um eine Synthese von Sozialismus und Zionismus bemüht war, bis zur strikten Ablehnung des zionistischen Projektes durch die Komintern. Diese sah im Zionismus einen nationalistischen Versuch zur Lösung der jüdischen Frage. Innerhalb der Sozialdemokratie waren die Positionen zum Zionismus zumindest bis 1939 geteilt. Der Vortrag behandelt deshalb die komplexe Problematik zusammenfassend mit Blick auf die internationale Arbeiterbewegung und die zionistische Linke in Europa und Palästina zwischen 1897, dem Jahr der Gründung der Zionistischen Weltorganisation, um 1948, dem Jahre der Staatsgründung Israels.

mit Prof. Dr. Mario Keßler (Historiker, Zentrum für Zeithistorische Forschungen Potsdam)

im Melanchthonianum, Medienraum, Martin-Luther-Universität, 06108 Halle, Uniplatz

V.i.s.d.P. Viola Schubert-Lehnhardt

KONTAKT  
RLS REGIONALBÜRO Halle  
Leitergasse 4, 06108 Halle  
TEL: 0345-20255904  
email: gs-halle@rosaluxsa.de

## TiSA bedroht uns wie TTIP

Pressemitteilung Europaabgeordnete Helmut Scholz, Martina Michels und Thomas Händel (DIE LINKE.)

Abgeordnete der Delegation DIE LINKE. im EP kommentieren die Annahme der Empfehlung des Europaparlaments zu den noch laufenden Verhandlungen um das internationale Dienstleistungsabkommen TiSA. Das Europaparlament beschloss heute seine Position mit breiter Mehrheit der Fraktionen. Die Linksfraktion stimmte gegen die Resolution, nachdem zuvor die meisten der von den Linken gestellten Änderungsanträge abgelehnt worden waren.

„Aus unserer Sicht sollte sich die EU-Kommission aus den TiSA-Verhandlungen zurückziehen,“ betont Helmut Scholz, handelspolitischer Koordinator der Linksfraktion. „Im Plenum konnten wir aber immerhin für unsere Forderung nach Einbau einer Revisionsklausel eine Mehrheit finden, durch die Privatisierungen wieder rückgängig gemacht werden könnten, oder durch die die EU das TiSA-Abkommen nach negativen Erfahrungen auch wieder verlassen könnte. Sehr wichtig war auch der Erfolg unseres Antrages, dass die acht ILO Kernnormen von allen TiSA-Parteien ratifiziert und umgesetzt werden müssen.“

In weiteren Anträgen forderten die Linken unter anderem die Anwendung des Bestimmungslandprinzips bei der Einhaltung von Arbeits- und Sozialstandards, den Schutz von Kleinen und Mittelständischen Unternehmen (KMU) vor der Konkurrenz multi- und internationaler Großkonzerne, die Einfügung eines Kapitels mit bindenden Bestimmungen für ökologische und soziale Nachhaltigkeit; sowie Klarstellungen zur Verteidigung der Kompetenzen der Kommunen, so zum Beispiel, dass Flächennutzungsvorschriften nicht als Handelshemmnisse definiert werden sollen. Erfolgreich war der Antrag auf Erhalt des Prinzips der Universaldienste, also gleichwertiger Versorgung auch in entlegeneren Regionen. Alle weiteren eingebrachten Anträge wurden jedoch mit meist sehr knapper Mehrheit im Plenum abgelehnt.

Dazu Helmut Scholz weiter: „In den Kompromissverhandlungen im Handelsausschuss übernahm die Berichterstatterin Viviane Reding zwar eine Reihe unserer Forderungen, die den zivilgesellschaftlichen Unmut und einige der in der Bevölkerung bestehenden Sorgen reflektieren. Doch fanden zu viele wesentliche Anliegen der Kommunen, der Gewerkschaften und der Verbraucherschutzverbände, die wir mit weiteren Anträgen transportierten, keinen Platz im Kompromisstext und auch heute knapp keine Mehrheit.“ So enthält die von der Parlamentsmehrheit

angenommene Empfehlung an die EU-Kommission nicht die Forderung, nur jene Dienstleistungen zu liberalisieren, die ausdrücklich benannt werden (Positivliste), sondern lässt das umgekehrte Verfahren weiter zu, nach dem alles dem Markt unterworfen wird, was nicht ausdrücklich ausgenommen ist (Negativliste).

Angenommen wurde hingegen mit 345 zu 343 Stimmen die Forderung an die Kommission nach Ablehnung der Ratchet- und Stillstandsklauseln für Marktzugang und Inländerbehandlung von Unternehmen. Durch diese heute im Text des Abkommens enthaltenen Klauseln, würde der bei Vertragsabschluss bestehende Liberalisierungsstand für ganze Sektoren als Minimum festgeschrieben werden und die spätere Rücknahme einer Liberalisierung verbieten. „In manchen Punkten konnten wir so die Expertise der meinungsgebenden Fachausschüsse des Europaparlaments wieder einbringen, darunter des Entwicklungs-, des Regional- und des Beschäftigungsausschusses, die die aus Sicht ihrer jeweiligen Fachbereiche notwendigen Schutzmaßnahmen jedoch leider meist vergeblich empfahlen.“, bedauert Scholz.

„Ich bezweifle, dass diese Resolution eine Veränderung der Verhandlungsführung der EU-Kommission in den TiSA-Verhandlungen bewirken wird, zumal Handelskommissarin Malmström in der Debatte noch einmal ihr Festhalten am vom Rat erteilten Mandat bekräftigte. Das bestärkt meine Sorge, dass die berechtigten Bedenken der Gesellschaften letztlich und einmal mehr den Profitinteressen einiger weniger Unternehmen weichen müssen - die Gründe weshalb wir TTIP und CETA ablehnen, sind im Wesentlichen auch die Gründe, weshalb wir TiSA ablehnen: Wirklich fairer Handel ist unter solchen Bedingungen nicht möglich.“

Martina Michels, Mitglied des Ausschusses für Regionale Entwicklung (REGI), ergänzt: „Gerade auch aus regionalpolitischer Sicht wäre die Revisionsklausel wichtig, sie steht aber noch nicht im Vertragsentwurf drin. Im Entwurf stehen dafür Sperr- und Stillhalteklausele. Damit würde die Organisation und die Re-Kommunalisierung von öffentlichen Dienstleistungen durch TiSA weiter erschwert, denn sie sollen ja Liberalisierungsschritte unumkehrbar machen. Der richtige Verweis in der Resolution, dass die europäischen, nationalen und kommunalen Behörden weiterhin uneingeschränkte Rechtsetzungs- und Durchführungsmöglichkeit betreffs öffentlicher Dienstleistungen behalten sollen, wäre damit

de facto nutzlos. Dass es eine knappe Mehrheit für einen Antrag gegen solche Klauseln gab, ist umso erfreulicher.

Jetzt wir müssen der EU-Kommission genau auf die Finger beziehungsweise den Vertragstext sehen, und darauf bestehen, dass der Entwurf geändert wird. Als Kultur- und Medienpolitikerin hatte ich außerdem gefordert, klarzustellen, dass digitale Dienste nicht von vornherein als markttaugliche Güter angesehen werden, sondern entsprechend des ursprünglichen Kontextes ihrer analogen Vorläufer eingestuft werden sollten. Hierfür hatten die Liberalisierungsbefürworter kein Ohr.“

Thomas Händel, Vorsitzender des Ausschusses für Beschäftigung und Soziales (EMPL), betont aus arbeitsrechtlicher Perspektive: „Die nun angenommene Stellungnahme des Europaparlaments erscheint auf den ersten Blick nicht durch und durch schlecht. Viele Forderungen wurden aufgenommen, erfolgreich wurde auch die Ratifizierung und Implementierung der ILO

Kernarbeitsnormen verankert und eine Revisionsklausel aufgenommen. Doch sind die vermeintlich guten Dinge nicht mehr als erhobene Zeigefinger, nicht selten verklausuliert in unverbindlichen Formulierungen. Wer schon einmal Verträge verhandelt hat weiß, dass Regeln nur dann einen Sinn ergeben, wenn sie verbindlich und sanktionierbar sind.

Der EMPL-Ausschuss empfahl eine Verankerung verbindlicher Mindeststandards und besonders deren Einklagbarkeit, der Bericht reflektiert dies nicht. Das Erreichte ist zu wenig, unsere Erfahrung lehrt uns, was von Beteuerungen und Absichtserklärungen zu halten ist. Sinnbildlich dafür steht die Ablehnung eines Antrages, der die Kommission auf eine Einhaltung der Grundlinien dieses Berichtes in den bevorstehenden Verhandlungen verpflichten wollte.

Wir stehen TiSA solange ablehnend gegenüber, wie Kommission und Verhandlungsteam nicht glaubwürdig darlegen können, dass Standards eingehalten und sozialer Fortschritt erreicht werden.“

### **Wahlkalender - Termine - Infostände - Foren**

Do.	11. Feb.	15:00–17:00	Infostand, Dölau, Kreuzung Lieskauer Straße / A.-Oelsner-Str., Kaufhalle NETTO, Tankstelle
Fr.	12. Feb.	09:30–11:30 15:00–17:00 16:00–18:00	Infostand, Gastronom/Saalesparkasse Infostand, Kreuzungsbereich An der Magistrale / An der Feuerwache Wahlbüro - Linker Laden
Sa.	13. Feb.	10:30–14:00	Infostand, Leipziger Straße/Ulrichskirche
Mo.	15. Feb.	08:30–11:30	Verteilaktion Wahlzeitung, Treffpunkt Linker Laden
Die.	16. Feb.	09:00–11:30	Infostand, Kaufhalle / Gesundheitszentrum Silberhöhe
Do.	18. Feb.	08:30–11:30 14:30–16:30 15:00–17:00	Verteilaktion Wahlzeitung, Treffpunkt Linker Laden Infostand, Kaufhalle / Vogelweide Infostand, Übergang Haltestelle StraBa Neustadtcenter - Jobcenter
Fr.	19. Feb.	08:30–11:30 15:00–17:00 16:00–18:00	Verteilaktion Wahlzeitung, Treffpunkt Linker Laden Infostand, Kreuzungsbereich An der Magistrale / An der Feuerwache Wahlbüro - Linker Laden
Sa.	20. Feb.	10:00–13:00 10:30–14:00	Infostand, Neustädter Passage / Treppenauf. Richtung Neustadt-Center Infostand, Leipziger Straße/Ulrichskirche
Mo.	22. Feb.	08:30–11:30 15:00–17:00	Verteilaktion Wahlzeitung, Treffpunkt Linker Laden Infostand, Roter Turm
Di.	23. Feb.	17:30–19:30	Forum Halle-Neustadt-Verein, Neustadt Centrum Halle Hendrik Lange auf dem Podium
Mi.	24. Feb.	08:30–11:30 10:00–12:00 12:00–14:00 18:00–20:00 19:30–21:30	Verteilaktion Wahlzeitung, Treffpunkt Linker Laden Infostand, Ammendorf, Florian Geyer Platz Infostand, Marktplatz / Roter Turm Wahlpodium AIDS-Hilfe, Halle, Böllberger Weg 189 Eva von Angern auf dem Podium Podium in der Luthergemeinde, Damaschkestraße 100A, Henriette Quade und Sarah Heinemann auf dem Podium
Do.	25. Feb.	15:00–17:00 15:30–16:30	Infostand, Wochenmarkt / Übergang A.-Einstein-Str. Infostand, Reileck

**Linkes Blatt für Halle und den Saalekreis Seite - 12 - / Februarausgabe**

Fr.	26. Feb.	08:30–11:30	Verteilaktion Wahlzeitung, Treffpunkt Linker Laden
		16:00–18:00	Wahlbüro - Linker Laden
Sa.	27. Feb.	09:00–10:30	Infostand, Dessauer Straße/Plus-Markt
		09:30–12:00	Infostand, Neustädter Passage/Treppenaufg. Richtung Neustadt-Center
		10:30–14:00	Infostand, Leipziger Straße/Ulrichskirche
Mo.	29. Feb.	08:30–11:30	Verteilaktion Wahlzeitung, Treffpunkt Linker Laden
Mi.	2. März	08:30–11:30	Verteilaktion Wahlzeitung, Treffpunkt Linker Laden
		10:00–12:00	Infostand, Böllberger Weg / EDEKA
		12:00–13:30	Infostand, Ludwig-Wucherer-Straße / Edeka
		15:00–17:00	Infostand, Einkaufszentrum Am Treff
		18:00–19:00	Basisberatung - Linker Laden
Do.	3. März	14:30–16:30	Wahlforum Bürgerladen e. V., Falladaweg 7, 06126 Halle (Saale) Hendrik Lange auf dem Podium
		15:00–17:00	Infostand, Riebeckplatz
		15:00–17:00	Infostand, Übergang Haltestelle StraBa Neustadtcenter/ Jobcenter
Fr.	4. März	16:00–18:00	Wahlbüro - Linker Laden
		19:00–21:00	U18-Wahl: Wahlforum Bude e. V., Hardenbergstraße, Halle (Saale), Sarah Heinemann auf dem Podium
		19:30–21:30	Wahlforum Paulusviertel, Grundschule "Albrecht Dürer", Albrecht-Dürer-Straße 8, Swen Knöchel auf dem Podium
Sa.	5. März	09:00–12:00	Infostand gegenüber Kaufland, Südstadt
		09:30–12:00	Infostand, Am Wochenmarkt / Neustädter Passage
		09:30–14:00	Infostand, Leipziger Straße/Ulrichskirche
So.	6. März	14:00–16:00	Wahlforum Peißnitzhaus, Peißnitzhaus, Swen Knöchel auf dem Podium
Mo.	7. März	12:00–14:00	Infostand, Roter Turm
		15:00–17:00	Infostand, Franckeplatz
Di.	8. März	09:30–12:00	Infostand, Am Wochenmarkt / Neustädter Passage
		14:30–17:00	Frauentagsaktion, Marktplatz
		15:00–17:00	Infostand, Kreuzung Merseburger/Damaschke Straße
		15:00–17:00	Infostand, Kreuzungsbereich An der Magistrale / An der Feuerwache
Mi.	9. März	12:00–14:00	Infostand, Riebeckplatz
		14:30–17:30	Infostand, Marktplatz / Roter Turm
		15:00–17:00	Infostand, Wochenmarkt / Übergang A-Einstein- Str.
Do.	10. März	08:30–11:30	Verteilaktion, Treffpunkt Linker Laden
		09:30–12:00	Infostand, Am Wochenmarkt / Neustädter Passage
		10:00–12:00	Infostand, gegenüber Kaufland, Südstadt
		13:00–17:00	Infostand, Marktplatz / Roter Turm
		15:00–17:00	Infostand, Kreuzungsbereich An der Magistrale / An der Feuerwache
Fr.	11. März	08:30–11:30	Verteilaktion Wahlzeitung, Treffpunkt Linker Laden
		10:00–12:00	Infostand, Übergang Haltestelle StraBa Neustadtcenter - Jobcenter
		13:00–16:00	Infostand, Riebeckplatz
		13:00–16:00	Infostand, Leipziger Turm
		15:00–17:00	Infostand, Wochenmarkt / Übergang A. - Einstein-Str.
		16:00–19:00	Offizieller Wahlkampfabschluss, CinemaxX Halle, Charlottenstraße 8
		16:00–19:30	Infostand, Steintor
Sa.	12. März	08:30–10:30	Infostand, Ludwig-Wucherer-Straße, Edeka
		09:00–14:00	Infostand, Neustädter Passage/Treppenaufg. Richtung Neustadt-Center
		10:30–16:00	Infostand, Leipziger Straße/Ulrichskirche
So.	13. März	18:00–23:00	Wahlparty, Strieses Biertunnel, Große Ulrichstraße 51, Halle (Saale)